

## Sozialreport - Automobilcluster erscheint am 11. September 2015

Betriebsräte-Umfrage 2015: Werkverträge ersetzen immer mehr Stammarbeitsplätze

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ab 11. 09. 2015 erscheint bundesweit der „Sozialreport - Automobilcluster Leipzig“. Er ist im Rahmen des zentralen Erschließungsprojekts für die produktionsnahen Dienstleister rund um BMW und Porsche entstanden und beschäftigt sich mit dem „System Werkverträge“. Im Sozialreport könnt ihr nachvollziehen, wie es in Leipzig mit einem strategischen Erschließungsansatz gelungen ist, gemeinsam mit den Beschäftigten mehr Geld, mehr Freizeit und mehr Mitbestimmung durchzusetzen.

Mittlerweile setzen Unternehmen immer öfter Werkverträge ein, um dadurch Lohn-dumping zu erreichen. Sie schaffen mit dieser Art der prekären Beschäftigung oft betriebsratsfreie und tariflose Zonen, die zunehmend auch die zentralen Bereiche der Wertschöpfungskette umfassen. In der Verwaltungsstelle Leipzig haben wir gegen diese inakzeptable Praxis wichtige Erfolge erzielt.

Der Sozialreport zeigt auf, wie das „System Werkverträge“ funktioniert, welche Auswirkungen es auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der einzelnen Beschäftigten hat und wie wir die Standards in den Werkvertragsunternehmen Schritt für Schritt verbessert haben.

Nach einer aktuellen Umfrage der IG Metall, an der sich über 4.000 Betriebsratsvorsitzende beteiligt haben, nutzen Unternehmen immer öfter das Instrument

von Werkverträgen. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen (69 Prozent) kaufen inzwischen Leistungen bei anderen Firmen ein. In fast drei Viertel aller Fälle müssen die Beschäftigten der Werkvertragsfirmen zu schlechteren Bedingungen arbeiten als ihre Kollegen, die fest angestellt sind. Die Zahlen belegen: Werkverträge werden in den Unternehmen zum neuen Standard und untergraben damit die bisherigen tariflichen Regeln.



Die Ergebnisse der Befragung zeigen außerdem, dass seit 2012 der Anteil der Unternehmen, in denen Werkverträge

Stammarbeitsplätze ersetzen, von fünf auf 13 Prozent gestiegen ist. Betriebsräte verzeichneten in den vergangenen drei Jahren in fast einem Viertel der Unternehmen (22 Prozent) eine Zunahme von Werkverträgen. In jedem dritten Betrieb werden Tätigkeiten aus der Produktion fremdvergeben; auch Montage, Logistik sowie Forschung und Entwicklung sind häufig betroffen. Die meisten Arbeitgeber verweigern freiwillige Regeln zum Einsatz von Werkverträgen. 69 Prozent der Unternehmen setzen Werkverträge ein. Gleichzeitig ist es den Betriebsräten in nur fünf Prozent der Unternehmen gelungen, das Thema in einer Betriebsvereinbarung zu regeln.

Außerdem werden Betriebsräte und Vertrauensleute der Automobilhersteller und Dienstleister in einem Aufruf ihre Forderungen an die Politik klar stellen. Flächen-deckende Plakatierungen und weitere Aktionen werden in den kommenden Wochen folgen.

**Wir würden uns freuen, wenn ihr Kolleginnen und Kollegen über den Sozialbericht informiert und diesen an Interessierte weitergebt. Informationen und Exemplare erhalten ihr über die IG Metall Leipzig oder das Ressort Mitglieder und Erschließungsprojekte.**

# just in time

Unsere Informationen für Beschäftigte in Werkvertragsunternehmen, bei Zulieferern und industriellen Dienstleistern

## Bundesweiter Aktionstag der IG Metall am 24. September 2015



**Wir lassen uns nicht spalten!  
Ein Betrieb - eine Gewerkschaft - ein tariflicher Ordnungsrahmen**

### Die Dinge bewegen sich...

BMW wird bei zukünftigen Ausschreibungen von Logistikdienstleistungen, die werksintern in der Fahrzeug- und Komponentenfertigung erbracht werden, jenen Dienstleistern den Vorrang geben, die ein wettbewerbsfähiges Angebot und einen Firmentarifvertrag mit der IG Metall vorlegen können. Schließlich ist die IG Metall ja auch Tarifpartner für BMW und in der Metall- und Elektroindustrie.

Für Porsche erwarten wir eine gleichlautende Rahmenvereinbarung, machbar auch in Form eines Dienstleistungstarifvertrages mit der IG Metall. Für uns wäre das im Kampf für einen tariflichen Ordnungsrahmen in der Automobilregion Leipzig ein weiterer Meilenstein. Bei den kommenden Verhandlungen über die

Standortentwicklung und zukünftige Tarifbindung wird auch über die Zukunft hunderter befristeter Beschäftigter bei Porsche und rund 1 000 Mitarbeiter in den Montagelinien, zur Zeit I. K. Hofmann, zu reden sein.

Wir können auf herausragende Erfolge beim Abschluss von Firmen- oder Haustarifverträgen bei industriellen Dienstleistern mit rund 2 600 Beschäftigten verweisen. Wir haben deutliche Entgeltsteigerungen, kürzere Arbeitszeiten und auch Festeinstellungen von Leiharbeitern durchgesetzt. Derzeit führen wir mit verschiedenen Logistikunternehmen Gespräche über eine mögliche Tarifbindung bei kommenden Ausschreibungen für BMW und Porsche. Bei Schnellecke und SAS

stehen im Oktober reguläre Tarifverhandlungen an. Mit dem von uns angestrebten tariflichen Ordnungsrahmen schaffen wir, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Tarifeinheit, Planungssicherheit und eine faire Vertragssituation für alle Beteiligten. Die Geschäftsmodelle der Kontraktlogistiker müssen soziale Standards gewährleisten, die von BMW und Porsche akzeptiert werden. Dazu gehört neben der Tarifbindung mit der IG Metall auch eine betriebliche Interessenvertretung. Die Einhaltung dieser Grundlagen darf nicht zu Nachteilen bei Ausschreibungen führen, sondern muss zum Gütesiegel werden. Wir fordern daher mehr Transparenz und strukturelle Klarheit in den Angebotsverfahren. Es muss Schluss damit sein, dass Einkaufsabteilungen in den Konzernzentralen Menschen als reine Sachkosten betrachten, sich kurzfristigen Renditezielen unterwerfen und damit die Unternehmenskultur nachhaltig gefährden. Es geht um die Verantwortung für den sozialen Frieden bei BMW und Porsche und entsprechende Arrangements. In den nächsten Wochen und Monaten fallen wichtige Entscheidungen für rund 18 000 Beschäftigte bei BMW und Porsche - vom Werkschutz bis zur obersten Leitungsebene. Es geht um Würde, Respekt und Fairness im Umgang miteinander. Wenn es darauf ankommt, ist solidarisches Handeln gefragt. Deswegen beteiligen wir uns am bundesweiten Aktionstag der IG Metall am 24. September gegen den Missbrauch von Werkverträgen, um den Druck auf den Gesetzgeber zu verstärken.

**... und verändern sich,  
wenn wir es wollen!**

[www.igmetall-leipzig.de](http://www.igmetall-leipzig.de)

# III Aufruf von Leipziger IG Metall-Betriebsrätinnen und Betriebsräten an die Politik

**Den Missbrauch von Werkverträgen stoppen - Jetzt Handeln!**

Immer öfter setzen Unternehmen Werkverträge ein, um dadurch Lohndumping durchzusetzen. Sie schaffen mit dieser Art der prekären Beschäftigung betriebsratsfreie und tariflose Zonen in relevanten Bereichen der Wertschöpfung. Die IG Metall kritisiert diesen Missbrauch - es geht jedoch nicht um das Vertragskonstrukt Werkvertrag an sich.

Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall rufen die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag angekündigten Gesetze gegen den Missbrauch von Werkverträgen konsequent umzusetzen. Fairer Wettbewerb braucht klare Regeln!

Dazu braucht es bessere Informationspflichten und mehr Mitwirkungsrechte der Betriebsräte in den Einsatzbetrieben. Klare Kriterien - wie im Koalitionsvertrag vorgesehen - seien notwendig, um Werkverträge etwa gegenüber der Arbeitnehmerüberlassung und der Soloselbständigkeit abzugrenzen.

Der missbräuchliche Einsatz von Werkverträgen führt zu Wettbewerbsverzerrung,

Lohndumping und unsicherer Beschäftigung. Wir erwarten von den Unternehmen, dass eine Spaltung von Belegschaften durch Werkverträge unterbleibt. Wir fordern von den Arbeitgebern Mitbestimmung bei der Fremdvergabe und die Einhaltung von Mindestkriterien bei Arbeitsbedingungen in Werkvertragsunternehmen.

Wir fordern die Pflicht des Arbeitgebers, den Betriebsrat über eingesetzte Werkverträge und den beauftragten Betrieb zu informieren sowie darüber, ob es dort einen Betriebsrat gibt, ob und welche Tarifverträge dort gelten.

In der Metall- und Elektroindustrie sind vor allem die Bereiche Kontraktlogistik, industrielle Services sowie Entwicklungsdienstleister betroffen.

Wir kritisieren nicht die sinnvolle Arbeitsteilung zwischen dem Produzenten von Fahrzeugen oder Maschinen und Spezialisten, die hierfür Dienstleistungen anbieten. Es hat sich aber eine Praxis der

Auslagerung entwickelt, die alleine auf Lohndumping baut, um Extraprofiten einzustreichen.

Die Arbeitgeber forderten an anderer Stelle die Einhaltung der Tarifeinheit: ein Betrieb - eine Gewerkschaft. Wir sagen: Das gilt gerade auch für Werkvertragsleistungen. Wenn die Arbeitgeber hier das Prinzip der Tarifeinheit aufkündigen, riskieren sie, dass die stark vernetzte Wertschöpfungskette nicht mehr von der Friedenspflicht des Flächentarifvertrages profitiert.

Wir erklären: Alle Beschäftigten haben ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung nach Tarif und eine sichere Zukunft.

Wir appellieren an Politikerinnen und Politiker: Halten Sie Ihre Zusagen ein, schaffen Sie gute gesetzliche Rahmenbedingungen, die den fairen Wettbewerb stärken!

Das hilft den Unternehmen und den Beschäftigten. Geben Sie uns Betriebsräten dazu die notwendigen Instrumente an die Hand.

## Unterzeichner:

Jens Köhler  
BR-Vorsitzender  
BMW Werk Leipzig

Robert Döring  
VK-Leiter  
BMW Werk Leipzig

Thomas Kanz  
BR-Vorsitzender  
Porsche Werk Leipzig

Dirk Michalski  
VK-Leiter  
Porsche Werk Leipzig

Alexander Pötzsch  
BR-Vorsitzender  
ThyssenKrupp

Roberto Heymann  
BR-Vorsitzender  
AFG GmbH NL Leipzig

Thomas Buchwald  
BR-Vorsitzender  
Schnellecke Sachsen GmbH  
Business Unit Logistik Porsche Leipzig

Jürgen Metzke  
BR-Vorsitzender  
HQM Automotive GmbH

Kai Hammer  
BR-Vorsitzender  
Schnellecke Sachsen GmbH  
Business Unit Logistik BMW Leipzig

Thomas Vettors  
BR-Vorsitzender  
VSU

Nadine Schilling  
BR-Vorsitzende  
Schnellecke  
Modul- und Lieferantenzentrum GmbH

Christian Graupner  
BR-Vorsitzender  
WISAG Produktionsgesellschaft

Thomas Urbanek  
BR-Vorsitzender  
Schedl Automotive GmbH & Co. KG

Klaus Gruender  
BR-Vorsitzender  
Rudolph Automotive Logistik GmbH

Torsten Nerlich  
BR-Vorsitzender  
CVC Leipzig Faurecia Emissions  
Control Technologies GmbH

# III Wir sagen: Schluss mit billig! Es ist Zeit für faire Arbeit und Mitbestimmung - für alle!

Das fordern wir von den Arbeitgebern:

1. Keine Auslagerung von Tätigkeiten, die zur Kernkompetenz eines Unternehmens gehören! Denn so geht wichtiges Know-how verloren.

2. Bei unvermeidbaren Fremdvergaben (z. B. bei Auftragsspitzen, Spezialaufträgen oder unregelmäßig anfallenden Arbeiten) dürfen nur Dienstleister mit IG Metall-Tarifen und Betriebsräten den Zuschlag erhalten. Das ist der beste Schutz vor Dumpinglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen.

3. Sichere und faire Arbeit für alle! Immer mehr Beschäftigte aus Zuliefererbetrieben, industrienahe Dienstleistung, Logistik, Konstruktion, Forschung und Entwicklung schließen sich in der IG Metall zusammen. Wir unterstützen sie bei ihrem Einsatz für ihre Rechte. Gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und Mitbestimmung im Betrieb - dafür setzen wir uns solidarisch ein.

Das fordern wir von der Politik:

**Klare Abgrenzung zur Leiharbeit**  
Wo Werkvertrag draufsteht, ist oft verdeckte Leiharbeit drin. Das ist illegal, lässt sich aber nur schwer nachweisen. Deshalb müssen per Gesetz Kriterien festgelegt werden, die Werkverträge eindeutig von Leiharbeit abgrenzen.

**Keine Verleiherlaubnis auf Vorrat**  
Werden Arbeitgeber bei einem illegalen Scheinwerkvertrag erwischt, drohen ihnen keine Konsequenzen, sofern die Werkvertragsfirma gleichzeitig über eine Lizenz zur Arbeitnehmerüberlassung verfügt. Diese Hintertür muss die Politik schließen.

**Beweislastumkehr**  
Bisher muss der Arbeitnehmer nachweisen, dass ein illegaler Scheinwerkvertrag vorliegt. Das ist aber kaum möglich, weil Arbeitnehmer meist keinen Zugang zu den entscheidenden Unterlagen haben. Deshalb soll künftig der Auftraggeber die Rechtmäßigkeit des Werkvertrags nachweisen müssen.

**Mitbestimmung bei Auslagerungen**  
Sollen Bereiche aus dem Unternehmen ausgegliedert werden, müssen Betriebsräte das Recht haben, darüber mitzubestimmen. Nur so können sie die Interessen der Belegschaft vertreten.



**Informationspflicht des Arbeitgebers**  
Betriebsräte müssen wissen, wie viele Beschäftigte von welchen Firmen per Werkvertrag im Betrieb eingesetzt werden. Die Politik muss die Arbeitgeber dazu verpflichten, den Betriebsrat frühzeitig und umfassend zu beteiligen.

**Zuständigkeit des Betriebsrats für Externe**  
Bisher sind Betriebsräte für die Beschäftigten von Werkvertragsfirmen nicht zuständig - selbst wenn sie jeden Tag Seite an Seite mit ihnen arbeiten. Betriebsräte müssen künftig die Interessen aller Beschäftigten auf dem Werksgelände vertreten dürfen!

**Haftung für Subunternehmer**  
Es geht um Gesamtverantwortung. Wer Subunternehmen beauftragt, muss dafür sorgen, dass diese sich an geltende Gesetze und Tarifverträge halten. Verstößen sie dagegen, muss der Auftraggeber mit in Haftung genommen werden.

**Schluss mit Missbrauch!**

**Unterstützt die Forderungen der IG Metall!**

## Mitmachen · Gesicht zeigen · Druck machen

**24. September 2015 in Leipzig**

(Nähere Infos zur Organisation erfolgen zeitnah durch die IG Metall)

**Bundesweiter Aktionstag gegen den Missbrauch von Werkverträgen**